

/PER
SPEK
TIVE

Zeiten- wende

Alexandra Dienes
Christos Katsioulis
Juli 2022

Russlands
Krieg als
Wendepunkt
in der
öffentlichen
Meinung
Deutschlands

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

FES Regionalbüro
für Internationale
Zusammenarbeit

FES Regional Office
for International
Cooperation



Über die Autor:Innen

Alexandra Dienes ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa in Wien. In ihrer Arbeit konzentriert sie sich auf die Bereiche politische Ökonomie und russische und postsowjetische Außenpolitik. Zuvor lehrte sie internationale Beziehungen und politische Ökonomie an der Universität Amsterdam, von deren politikwissenschaftlicher Abteilung sie ein Forschungsstipendium erhält. Zuvor war sie für das Europäische Parlament in Brüssel tätig.

Christos Katsioulis leitet das FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa in Wien. Zuvor gründete und leitete er das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen. Danach stand er dem EU-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel sowie dem Londoner Büro der FES vor. In deutschen und internationalen Medien kommentiert er immer wieder europäische Themen. Zudem verfasst er in regelmäßigen Abständen Beiträge für die Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft.

Zeitenwende – Russlands Krieg als Wendepunkt in der öffentlichen Meinung Deutschlands

- In Deutschland findet gerade eine intensive politische Debatte über die Ausrichtung der Außenpolitik des Landes statt. Wenn man die Umfragedaten vom Herbst 2021 mit denen von Juni 2022 vergleicht, so zeigt sich, dass die öffentliche Meinung in diesem Jahr eine robustere Verteidigungspolitik befürwortet, was eine Erhöhung des Militäraushaltes mit einschließt. Außerdem trifft eine potenzielle EU-Mitgliedschaft der Ukraine sowie das visionäre Konzept einer europäischen Armee auf immer mehr Unterstützung.
- Die Öffentlichkeit befürwortet die **»Zeitenwende«**-Politik der Regierung, bei der die Militärausgaben des Landes erhöht und die Ukraine weiterhin unterstützt wird. Die Bürger:innen des Landes sind außerdem bereit, Einbußen bei ihrem Lebensstandard hinzunehmen, um verschiedene Formen der Abhängigkeit von Russland zu reduzieren.
- Die **»Zeitenwende«** hat Deutschland nicht in ein vollkommen anderes Land verwandelt, denn die öffentliche Meinung hält weiterhin an Pragmatismus und Pazifismus fest. Die Skepsis gegenüber militärischen Mitteln hat sich seit Beginn des Krieges sogar verstärkt. Eine werteorientierte Außenpolitik wird zwar von den Wähler:innen der Grünen unterstützt, in der breiten Öffentlichkeit überwiegt jedoch ein interessenorientierter, pragmatischer Ansatz, der darauf abzielt, auch mit Ländern zu kooperieren, die nicht dieselben politischen Ansichten vertreten. Für eine überwältigende Mehrheit der Befragten hat der Frieden weiterhin hohe Priorität.
- Die Meinungsunterschiede zwischen den Bürger:innen in Ost- und Westdeutschland sowie zwischen den Anhänger:innen verschiedener politischer Parteien sind offenkundig zutage. Dies könnte die Formulierung gemeinsamer politischer Regierungspositionen erschweren, wenn Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern – der SPD, den Grünen und der FDP – herrscht.



Einleitung

Die deutsche Außenpolitik hat sich aufgrund des russischen Kriegs gegen die Ukraine innerhalb weniger Wochen grundlegend gewandelt. Das Land hob sein Verbot von Waffenlieferungen an Konfliktgebiete auf. Der Verteidigungshaushalt soll aufgrund der Krise um 100 Milliarden Euro aufgestockt und nach Angaben der Regierung auf jährlich 2% des BIP angehoben werden. Die Abhängigkeit von Lieferungen fossiler Brennstoffe aus Russland soll schrittweise abgebaut werden. Das deutlichste Signal dafür war die sofortige Einstellung des umstrittenen Nord-Stream-2-Pipeline-Projekts. Im Großen und Ganzen scheint es, dass Berlin von seiner lang vertretenen Strategie des „Wandels durch Handel“ sowie von der Überzeugung abgegangen ist, dass die Sicherheit in Europa nur in Zusammenarbeit mit Russland gewährleistet werden kann. In seiner wegweisenden Bundestagsrede drei Tage nach Beginn der russischen Invasion in die Ukraine bezeichnete der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz das neue politische Szenario als »Zeitenwende«.

Der 24. Februar 2022 schreibt sich somit als formatives Ereignis in die deutsche Außenpolitik ein. Auf höchster Ebene führte dieser Umstand zunächst zu einer intensiven Debatte über bereits begangene Fehler und den Weg, den das Land in Zukunft einschlagen wird. Doch auch die breite Öffentlichkeit ist vom Krieg betroffen, den Russland ohne vorherige Provokation startete. Ein Anstieg der Energiepreise und der Inflation zog eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten nach sich. Fast eine Million ukrainischer Geflüchteter suchte in Deutschland außerdem Schutz vor dem Krieg, was zu einer Wiederbelebung der „Willkommenskultur“ führte.

Trotz dieser rasanten, ziemlich grundlegenden Veränderungen besteht in der deutschen Öffentlichkeit jedoch noch immer keine Übereinstimmung, was »Zeitenwende« eigentlich bedeutet und welche Auswirkungen dieses Konzept auf die politische Entscheidungsfindung in Berlin haben soll. Aus den jüngsten Umfragen lassen sich drei Tendenzen ablesen, die jedoch nicht einheitlich sind und noch nicht auf die Herausbildung eines neuen Konsenses schließen lassen:

- Die Bevölkerung befürwortet einerseits eindeutig die »Zeitenwende«-Politik der Regierung, im Besonderen die Erhöhung der Militärausgaben und die weitere Unterstützung der Ukraine.
- Andererseits werden die Prinzipien des Pragmatismus und Pazifismus weiterhin kontinuierlich unterstützt.
- Wie zu erwarten bestehen erhebliche Meinungsunterschiede zwischen den Wähler:innen verschiedener Parteien. Diese Meinungsunterschiede treten zwischen Bürger:innen in Ost- und Westdeutschland noch deutlicher zutage.

Um den Wandel der öffentlichen Meinung in Deutschland zu analysieren, stützen wir uns auf zwei repräsentative Meinungsumfragen, die die FES durchführte (methodische Hinweise dazu finden sich im Anhang):

- **„Security Radar 2022“**: eine Umfrage in 14 Ländern, die vor dem Krieg im **Oktober 2021** durchgeführt wurde; und
- **„Security Radar Germany“**: eine Umfrage, die 16 Fragen aus der ursprünglichen Security-Radar-Umfrage enthält und im **Juni 2022** in Deutschland durchgeführt wurde.

Die Vergleichsdaten werden durch weitere aktuelle Umfragen ergänzt, die nach Kriegsbeginn durchgeführt wurden.

Der Begriff **»Zeitenwende«**, der die nachgerade tektonische Verschiebung der deutschen Außenpolitik in Folge des von Russland initiierten Krieges beschreibt, wurde in der öffentlichen Debatte der letzten vier Monate eher inflationär gebraucht. Es ist daher interessant zu beobachten, dass der Begriff in der Öffentlichkeit mit drei recht konkreten politischen Strategien sowie mit zwei Themen mit möglicherweise längerfristigen Folgen in Verbindung gebracht wird.



Abbildung 1: »Zeitenwende« in den Augen der Deutschen¹



Die Aufstockung des Verteidigungshaushalts um 100 Milliarden Euro ist die politische Entscheidung, die am deutlichsten mit der »Zeitenwende« in Verbindung gebracht wird. Die weiteren Wegmarken betreffen die „neue Russlandpolitik“ sowie die „Verringerung der Energieabhängigkeit“. Die beiden längerfristigen Aspekte, die hauptsächlich mit der »Zeitenwende« verknüpft werden, sind das „Ende der pazifistischen Haltung Deutschlands“ und die „größere Verantwortung gegenüber den Verbündeten“.

Zeitenwende – die Veränderungen

Die öffentliche Meinung in Deutschland änderte sich seit Kriegsbeginn wahrscheinlich am meisten dahingehend, dass **Russlands als Bedrohung wahrgenommen wird**. Vor Ausbruch des Krieges betrachtete nur etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung Russland als Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa – zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind es drei Viertel. Dies deutet auf eine mögliche Übereinstimmung mit den Verbündeten in Mittel- und Osteuropa hin, denn die Wahrnehmung Russlands in Deutschland gleicht jetzt jener, die in

Polen schon vor dem Krieg vorherrschte. Dies deutet darauf hin, dass es weniger Unterschiede in der öffentlichen Wahrnehmung von Bedrohung in Europa gibt.

Allerdings zeigen sich starke innerdeutsche Unterschiede: Im Osten stellt Russland für nur knapp über 50% der Befragten eine Bedrohung dar. Im Westen sind es über 80%. Die Wähler:innen der Grünen sind mit satten 95% Russland gegenüber am misstrauischsten eingestellt, während nur 45% der Wähler:innen der Partei Die Linke und 23% der AfD-Wähler:innen diese Ansicht teilen. Die Wähler:innen der beiden in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelten Parteien – der Sozialdemokraten und der CDU/CSU – sehen Russland mit einer überwältigenden Mehrheit von etwa 85% als Bedrohung.

Eine weitere wichtige Veränderung der öffentlichen Meinung in Deutschland betrifft die Einstellung zu **Militärausgaben**. Wie die beiden Ausgaben des Sicherheitsradars der FES Wien in den Jahren 2018

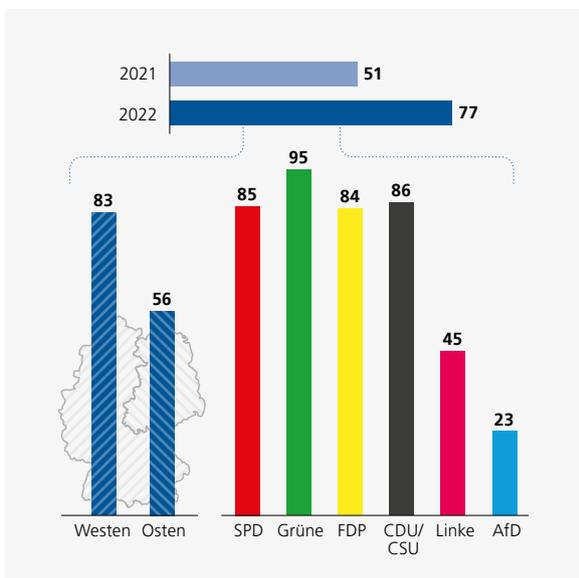
¹ Wenn nicht anders angegeben, stellen die Zahlen in den Diagrammen eine Kombination der Antworten „ich stimme voll und ganz zu“ und „ich stimme eher zu“ dar.



und 2021 belegen, zeigt sich die deutsche Öffentlichkeit traditionellerweise einer Erhöhung des Verteidigungshaushalts gegenüber eher skeptisch. Noch am stärksten wurde eine solche Maßnahme im Jahr 2021 mit 38% unterstützt. Vier Monate nach Beginn des von Russland initiierten Krieges gegen die Ukraine befürwortet jedoch eine solide Mehrheit von 64% eine Erhöhung der Militärausgaben und unterstützt damit die Politik der deutschen Regierung.

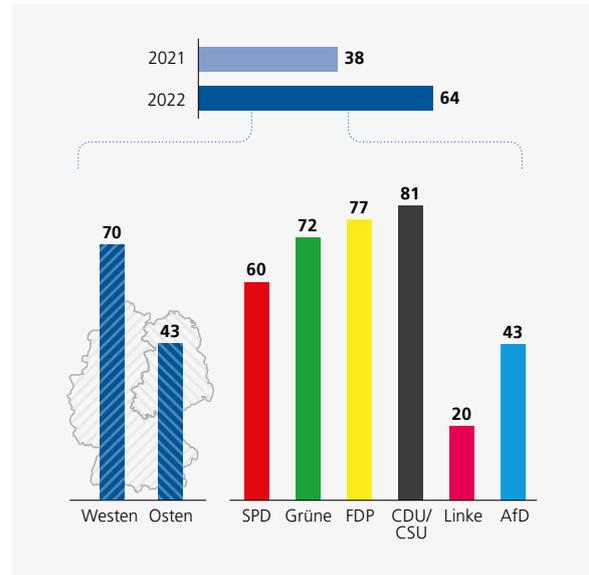
Auch hier stechen deutliche innerdeutsche Unterschiede ins Auge: 55% der ostdeutschen Befragten lehnen die Aufstockung ab, während die westdeutschen Befragten sie befürworten. Betrachtet man die Präferenzen der verschiedenen Parteianhänger:innen, so zeigt sich, dass die Wähler:innen der konservativen CDU/CSU- und der liberalen FDP die Erhöhung überwiegend befürworten, ebenso wie die Wähler:innen der Grünen mit über 70%. 60% der SPD-Wähler:innen stimmen einer Erhöhung des Verteidigungshaushalts zu, während 53% der AfD-Wähler:innen und 77% der Wähler:innen der Partei Die Linke dies ablehnen.

Abbildung 2: Veränderte Sichtweise der Bedrohung durch Russland



Quelle: Security Radar Oktober 2021, Security Radar Juni 2022.

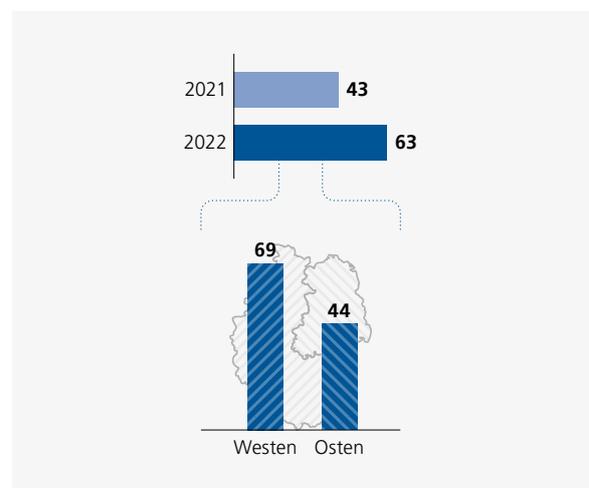
Abbildung 3: Veränderte Sichtweise der Erhöhung der Militärausgaben



Quelle: Security Radar Oktober 2021, Security Radar Juni 2022.

Neben der Formulierung einer Antwort Deutschlands auf den von Russland initiierten Krieg hat sich jedoch auch die Wahrnehmung der Rolle Europas und seiner Ressourcen verschoben. Seit dem 24. Februar 2022 hat sich die Haltung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber dem **Aufbau einer europäischen Armee** ebenso erheblich verändert: Die Zustimmung ist von 43% im Jahr 2021 auf über 63% im Jahr 2022 angestiegen.

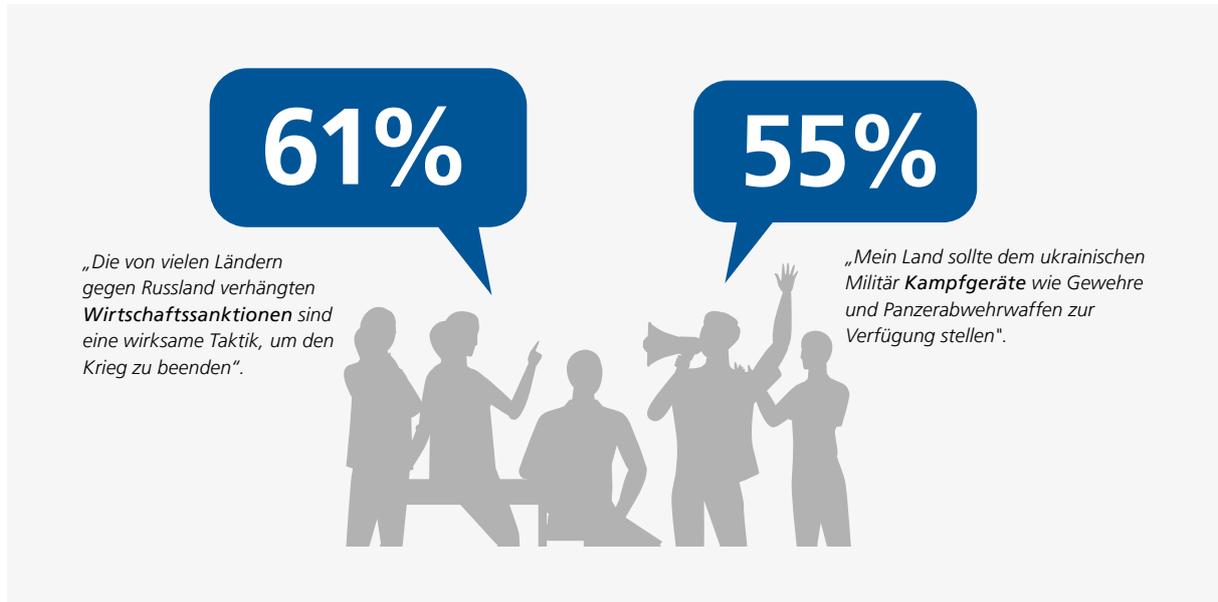
Abbildung 4: Einstellung zum Aufbau einer europäischen Armee



Quelle: Security Radar Oktober 2021, Security Radar Juni 2022.



Abbildung 5: Einstellungen zu Sanktionen gegen Russland und zu Waffenlieferungen an die Ukraine



Unterstützung der Reaktion der Regierung auf den Krieg in der Ukraine

Jüngste Umfragen zeigen, dass die deutsche Öffentlichkeit die Hilfeleistung ihrer Regierung an die Ukraine und die wirtschaftliche Abkopplung Deutschlands von Russland unterstützt. Mehrheitlich werden Waffenlieferungen an die Ukraine sowie Wirtschaftssanktionen gegen Russland befürwortet.

Befragte in Deutschland unterstützen nicht nur Sanktionen gegen Russland im Allgemeinen, sondern sind auch zu einem großen Anteil bereit, die Kosten für eine wirtschaftliche Abkopplung von Russland zu tragen und dafür Opfer zu bringen. 70% wollen immerhin, dass Deutschland seine **Abhängigkeit von Russland verringert**, selbst wenn man dadurch einen niedrigeren Lebensstandard in Kauf nehmen muss. Wenn man bedenkt, dass die Befragten die **wirtschaftliche Lage in Deutschland** als so schlecht wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr einschätzen (mit Ausnahme der Pandemiejahre 2020-2021), so ist dies eine bemerkenswerte Haltung. Gemäß den regelmäßigen Umfragen von Ipsos erreichte das Vertrauen in die wirtschaftliche Lage im Juni 2022 den niedrigsten Wert seit 2012 (Ipsos Juni 2022).

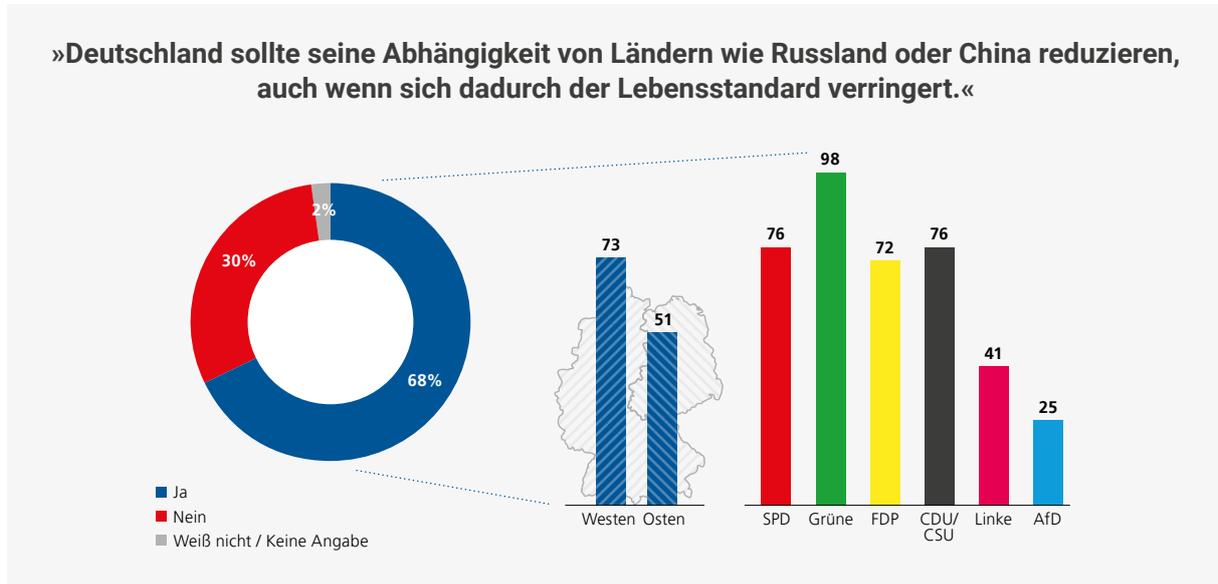
Aber auch hier unterscheiden sich die Einstellungen im Osten deutlich: Nur 51% stimmen einer Verringerung der Abhängigkeit von Russland zu, auch wenn dies den Lebensstandard beeinträchtigt, während in Westdeutschland 73% dafür sind.

Bei den politischen Zugehörigkeiten sind drei interessante Ausreißer festzustellen. Während die vermutlich wohlhabendere Wählerschaft der Grünen dieser Aussage fast uneingeschränkt zustimmt, sind die Anhänger:innen der Partei Die Linke (41%) und der AfD (25%) weniger geneigt, für eine Verringerung der Abhängigkeit von Russland Opfer zu bringen. Die anderen Parteien verzeichnen eine leicht überdurchschnittliche Unterstützung von etwa 70%.

Eine weitere Verschiebung der öffentlichen Meinung in Deutschland betrifft die Unterstützung einer **potenziellen EU-Mitgliedschaft der Ukraine**. Sie folgt der Meinungsänderung der deutschen Regierung zu diesem Thema, unterstützt diese Mitgliedschaft jedoch noch nicht vollständig. Innerhalb von über sechs Monaten hat sich die öffentliche Meinung in Deutschland von einer überwältigenden Ablehnung einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft zu einer wesentlich positiveren Haltung gewandelt. Die Befürwortung der ukrainischen EU-Mitgliedschaft



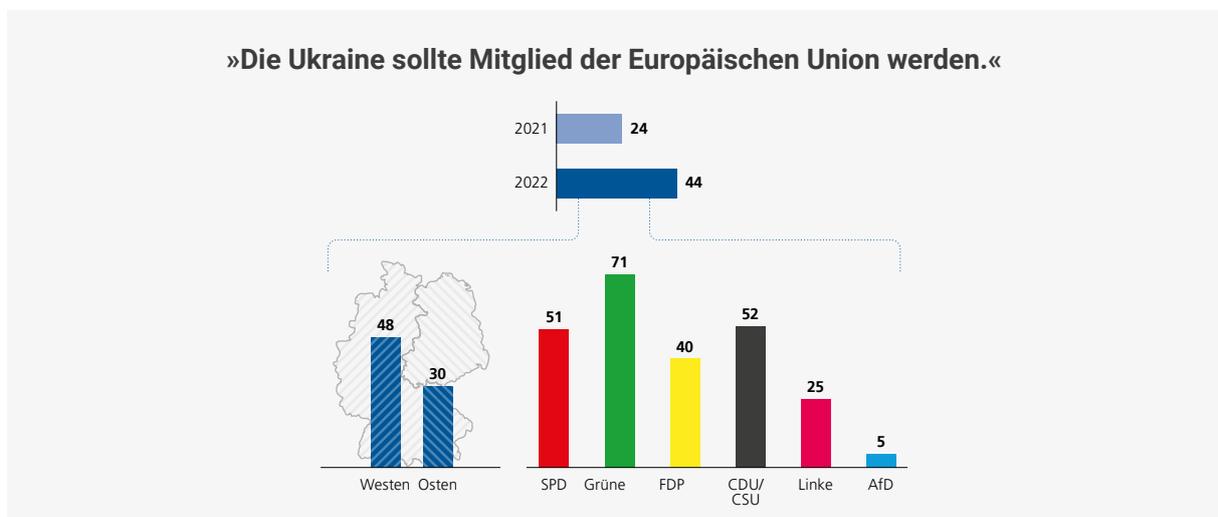
Abbildung 6: Bereitschaft zur Verringerung der Abhängigkeit von Russland



hat sich fast verdoppelt und ist von 24% auf 44% gestiegen. Die Mehrheit lehnt diese jedoch noch immer ab, vor allem Bürger:innen in Ostdeutschland. Unter den Anhänger:innen der drei Regierungsparteien bestehen große Unterschiede: Die Wähler:innen der Grünen sprechen sich mit überwältigender Mehrheit für einen EU-Beitritt der Ukraine aus (71%), die Meinung unter SPD-Wähler:innen ist gespalten (51% Zustimmung), die FDP-Wähler:innen lehnen ihn ab (nur 40% Zustimmung).

Ein ähnliches, jedoch noch skeptischeres Bild ergibt sich in Bezug auf eine **mögliche Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO**. Insgesamt lehnt die deutsche Öffentlichkeit eine solche Mitgliedschaft immer noch ab, auch wenn die Zustimmung deutlich gestiegen ist, von 24% vor dem Krieg auf 37% im Juni 2022. Bemerkenswert ist, dass von allen soziodemografischen Teilgruppen nur die Wähler:innen der Grünen die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine befürworten (58%).

Abbildung 7: EU-Mitgliedschaft der Ukraine





Kontinuität - keine Abkehr von Pragmatismus und Pazifismus

Die öffentliche Meinung in Deutschland befürwortet zwar die Veränderungen, die die »Zeitenwende« mit sich bringt, hat sich aber noch nicht grundlegend von Pazifismus und Pragmatismus abgewendet. Ganz im Gegenteil: Im Vergleich zu der Zeit vor Kriegsbeginn sind die deutschen Befragten noch vorsichtiger, was den Einsatz militärischer Mittel angeht, und befürworten eine pragmatische und interessenbasierte Außenpolitik noch stärker. Mehr Menschen in Deutschland ziehen den Einsatz diplomatischer Mittel in der Außenpolitik militärischen Mitteln vor. Frieden hat weiterhin hohe Priorität für eine überwältigende Mehrheit der Befragten in Deutschland.

Mit anderen Worten haben das neue sicherheitspolitische Umfeld und die veränderten Einstellungen nicht zu einer kriegerischen Einstellung oder zu einer Bereitschaft geführt, das Militär einzusetzen. Die deutsche »Kultur der Zurückhaltung« besteht nach wie vor. Tatsächlich hat sich die Ablehnung einer **militärischen Beteiligung an Konflikten** verstärkt und ist von 51 auf 66% gestiegen. Nur die Wähler:innen der Grünen befürworten sie zu 53%. Die Unterstützung einer **friedlichen Beilegung von Konflikten** ist dagegen von 80 auf 86% gestiegen, wobei die SPD-Wähler:innen diese Politik fast durchgängig befürworten (98%).

Abbildung 8: Ablehnung von militärischen Interventionen in Konflikten



Nachdem sie zum Krieg in der Ukraine befragt wurde, lehnte eine überwältigende Mehrheit den Einsatz von deutschen Truppen in der Anfangsphase des Krieges ab. Laut derselben Umfrage befürwortet kein anderes EU- oder NATO-Land die Entsendung von Truppen in die Ukraine. Das steht im Einklang mit der offiziellen Politik der Regierungen dieser Länder, die eine direkte Beteiligung am Krieg vermeiden wollen (Ipsos März 2022).

Bestimmte Werte dominieren bei einem erheblichen Teil der innerdeutschen Debatte über die Reaktion auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine: Die Befragten schätzen den Kampf der Demokratien gegen die Autokratien, die Verteidigung der Freiheit und des europäischen Lebensstils und ganz allgemein die Bedeutung einer auf bestimmten Werten basierenden Außenpolitik. Wenn man Umfragedaten aus der Zeit vor und nach Kriegsbeginn vergleicht, so zeigt sich jedoch, dass die deutsche Öffentlichkeit die Interessen des Landes anscheinend vor die Aufrechterhaltung der Werte stellt und den Pragmatismus in der Außenpolitik noch stärker unterstützt als in der Vergangenheit. Selbst die Wähler:innen der Grünen befürworten eine pragmatische Außenpolitik (58%), welche als Zusammenarbeit zur Förderung des Friedens mit Staaten definiert wird, die nicht dieselbe politische Einstellung teilen. In Ostdeutschland wird eine solche Politik sogar noch deutlicher unterstützt als im Westen (78% gegenüber 63%). Insgesamt zeugen diese Ergebnisse nicht von einer Hinwendung zu einer werteorientierten Außenpolitik in Deutschland, sondern eher von einem neuen Realismus.

Abbildung 9: Interessenbasierte gegenüber wertebasierter Außenpolitik

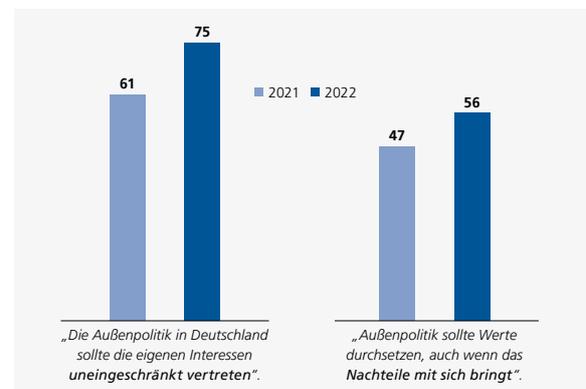
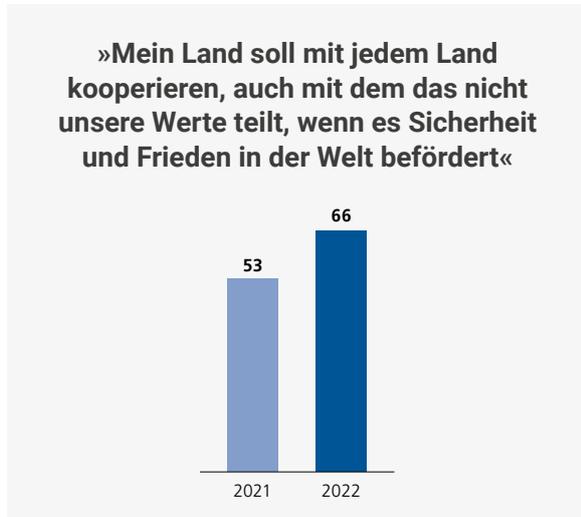




Abbildung 10: Pragmatische Außenpolitik

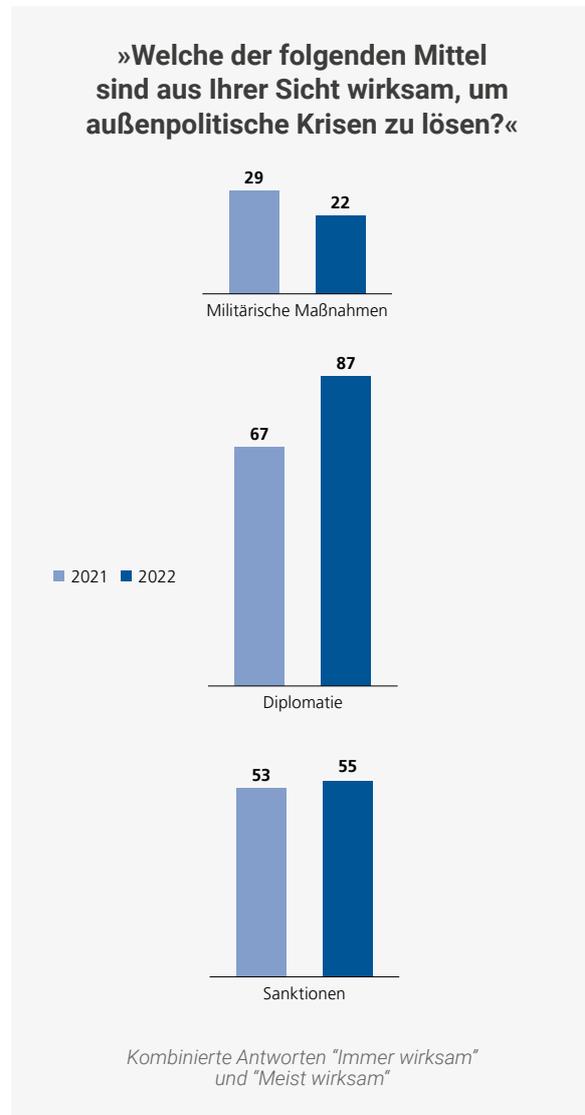


Quelle: Security Radar Oktober 2021; Security Radar Juni 2022.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage nach der Wirksamkeit des außenpolitischen Instrumentariums. Im Vergleich zu den Meinungen vor Kriegsbeginn werden militärische Mittel als weniger wirksam und die Diplomatie als viel effektiver angesehen. Die Bewertung von Sanktionen stellt sich ähnlich dar.

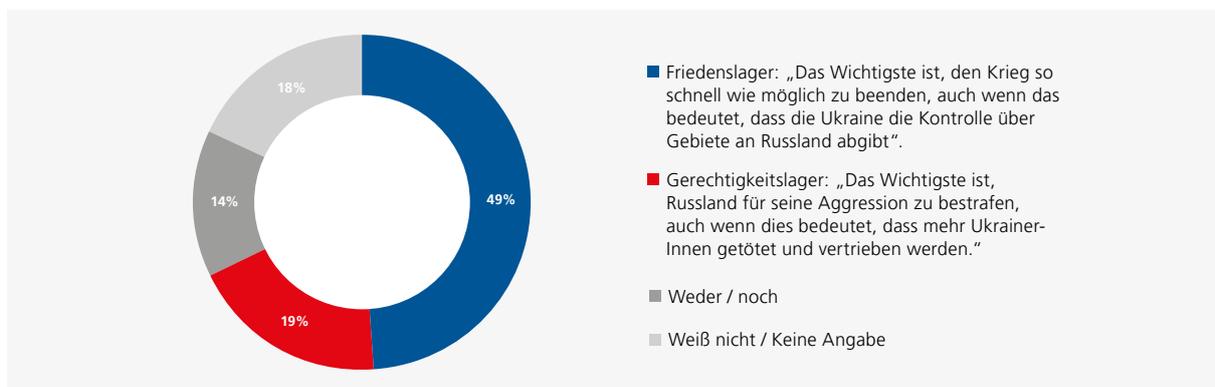
All diese Ergebnisse stehen im Einklang mit einer aktuellen Studie, die nahelegt, dass in Deutschland mehr Befragte dem so genannten „Friedenslager“ angehören, (das den Krieg so schnell wie möglich beenden möchte, auch wenn dies territoriale Zugeständnisse mit sich bringt), als dem sogenannten „Gerechtigkeitslager“, (das Russland für seine Aggression bestrafen möchte, auch wenn sich der Krieg dadurch verlängert).

Abbildung 11: Wirksamkeit der außenpolitischen Maßnahmen



Quelle: Security Radar Oktober 2021; Security Radar Juni 2022.

Abbildung 12: Wege zum Frieden in der Ukraine: Frieden gegenüber Gerechtigkeit



Quelle: ECFR (European Council on Foreign Relations) Mai 2022.



In Deutschland wählen die Falken grün

- Die Wähler:innen der Grünen stellen die einzige Teilgruppe dar, die eine militärische Intervention in Konflikte befürwortet (53%)
- Unter den Wähler:innen der Grünen findet sich der größte Anteil von Menschen, der den Einsatz von militärischen Mittel als wirksam betrachten (31% verglichen mit durchschnittlichen 21% und 14% der SPD-Wähler:innen).
- Die Wähler:innen der Grünen stellen die einzige Teilgruppe dar, die mehrheitlich eine potenzielle NATO-Mitgliedschaft der Ukraine unterstützt und auch für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine am stärksten eintritt.
- Fast die Gesamtheit der Grün-Wählerschaft betrachtet Russland als Bedrohung und ist bereit, die Kosten für eine Abkoppelung von Russland zu tragen. Sie unterstützt eine Reduzierung der Abhängigkeit von Russland und China zu fast 100%.
- Diese Teilgruppe unterstützt außerdem den Einsatz von Sanktionen als wirksame außenpolitische Strategie.
- Ihre Unterstützung von erhöhten militärischen Ausgaben hebt sich vom Durchschnitt ab und ist viel höher als die der SPD-Wählerschaft.

Sozialdemokraten befürworten den diplomatischen Weg am meisten

- SPD-Wähler:innen sind die einzige Teilgruppe, die eine friedliche Beilegung von Konflikten einhellig befürwortet (98%). Sie gehören neben den Wähler:innen der Partei Die Linke (93%) zu den stärksten Befürworter:innen eines diplomatischen Weges;
- SPD-Wähler:innen trachten weniger nach einer harten Reaktion als Grün-Wähler:innen, vor allem wenn es um militärische Einsätze in Konflikten, eine pragmatische Zusammenarbeit mit Ländern anderer politischer Gesinnung und eine Abkoppelung von Russland geht. In diesem Punkt sind die Einstellungen der SPD-Wähler:innen denen der FDP- und CDU/CSU ähnlich;
- SPD-Wähler:innen zeigen eine deutlich stärkere Präferenz für eine interessengeleitete Außenpolitik als Grün-Wähler:innen (77% gegenüber 53%);
- Die Meinung der SPD-Wähler:innen zum Thema Erhöhung der Militärausgaben (59% dafür und 39% dagegen) und der Mitgliedschaft der Ukraine in der EU (51% dafür, 46% dagegen) teilt sich eher, während die Wähler:innen der meisten anderen Parteien eine klare Stellung beziehen;
- Unter den Koalitionsparteien befürworten die SPD-Wähler:innen militärische Interventionen in Konflikte am geringsten (24%). Nur die Wähler:innen der AfD (11%) und der Partei Die Linke (5%) sind noch skeptischer;
- Der Aufbau einer europäischen Armee ist eines der wenigen Themen, bei denen SPD-Wähler:innen eine ähnliche Meinung vertreten wie die Wähler:innen der anderen Koalitionspartner (zwischen 75 und 80% befürworten dies).



Ausblick

Deutschland befindet sich inmitten einer intensiven politischen Debatte über seine Außenpolitik. Die jüngste Umfrage, auf die sich diese Analyse stützt, wurde etwa 100 Tage nach Kriegsbeginn durchgeführt. In dieser kurzen Zeitspanne haben sich sowohl die politische Situation als auch die öffentliche Wahrnehmung erheblich gewandelt. Angesichts der zukünftigen Entwicklungen in der Ukraine und in Deutschlands Beziehung zu Russland sind weitere Veränderungen zu erwarten. Aber auch das aktuelle Bild zeigt einige interessante Tendenzen.

Obwohl die „Zeitenwende im Kopf“ bereits begonnen hat, treten Meinungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie zwischen den Anhänger:innen verschiedener politischer Parteien klar und deutlich zutage. Die Spaltung der Regierung zwischen den Positionen der Grünen und denen von SPD und FDP könnte die Formulierung gemeinsamer Positionen erschweren. Noch beunruhigender sind jedoch die erheblichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die es Parteien am Rande des politischen Spektrums ermöglichen, die deutlich unterschiedlichen Positionen der Menschen im Osten Deutschlands auszunutzen.

Für Deutschlands Verbündete in der NATO und der EU gibt es auch gute Nachrichten. Die Unterstützung der Regierungspolitik ist groß; eine Verschiebung

hin zu einer robusteren Verteidigungspolitik hat stattgefunden, einschließlich einer Erhöhung des Militärhaushalts. Der Glaube, dass die Ukraine unterstützt werden muss, hält an, nicht nur auf Seiten der Wähler:innen der Koalitionsparteien, sondern im Allgemeinen. Ein Ausbau nationaler Verteidigungskapazitäten in Verknüpfung mit einer stärkeren und leistungsfähigeren Europäischen Union trifft ebenfalls auf breite Zustimmung. Sogar das immer noch recht visionäre Konzept einer europäischen Armee wird befürwortet.

Die »Zeitenwende« hat Deutschland jedoch nicht in einen völlig anderen Zustand versetzt. Die Skepsis gegenüber militärischen Mitteln hat sich seit Beginn des Krieges sogar leicht verstärkt. Eine werteorientierte Außenpolitik wird zwar von den Wähler:innen der Grünen unterstützt, aber in der breiten Öffentlichkeit überwiegt der interessengetriebene und pragmatische Ansatz, der auch eine Zusammenarbeit mit Ländern unterschiedlicher politischer Gesinnung beinhaltet. Wenn man die Antworten auf Fragen nach möglichen Einbußen im Lebensstandard betrachtet, die darauf abzielen, die Abhängigkeit von Russland zu verringern, so wird deutlich, dass die deutsche Position zurzeit fragil ist. Sollte die wirtschaftliche oder soziale Belastung größer werden, könnte die Unterstützung für Sanktionen schwinden und Parteien, die ein schnelles Ende des Krieges „um jeden Preis“ bevorzugen, könnten an Einfluss gewinnen.



Anhang

Methodische Angaben zu den zitierten Umfragen:

Security Radar 2022:

<https://peace.fes.de/security-radar-2022>

 Was? Repräsentative Meinungsumfrage in 14 Ländern: Armenien, Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Lettland, Norwegen, Polen, Russland, Serbien, Türkei, Ukraine, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten.	 Wer? 27.500 Befragte in 14 Ländern Repräsentative Stichproben in jedem Land
 Wann? September-Oktober 2021	 Wie? CATI (Computerunterstützte Telefoninterviews) in Armenien CAWI (Computerunterstützte Web-Interviews) in den 13 anderen Ländern durchgeführt von Ipsos im Auftrag von FES

Security Radar Deutschland 2022:

<https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/frieden-und-sicherheit/zeitenwende-sicherheitspolitik/artikelseite-ukraine/umfrage-deutsche-aussenpolitik-nach-der-zeitenwende>

 Was? Repräsentative Meinungsumfrage in Deutschland	 Wer? 2.500 Befragte in Deutschland Repräsentative Stichprobe
 Wann? Juni 2022	 Wie? CAWI (Computerunterstützte Webinterviews) durchgeführt von civey im Auftrag von FES

Weitere in diesem Bericht zitierte Umfragen:

- Ipsos März 2022: „The World’s Response to the War in Ukraine“. 19.000 Befragte in 27 Ländern. CAWI, durchgeführt von Ipsos; verfügbar unter: <https://www.ipsos.com/en/war-in-ukraine-april-2022>
- Ipsos Juni 2022: „What Worries the World?“ 19.000 Befragte in 27 Ländern. CAWI, durchgeführt von Ipsos; verfügbar unter: <https://www.ipsos.com/en/what-worries-world-june-2022>
- ECFR (European Council on Foreign Relations) Mai 2022: “Peace versus Justice: The Coming European Split Over the War in Ukraine“. 8.170 Befragte in 10 Ländern. CAWI, durchgeführt von YouGov; verfügbar unter: <https://ecfr.eu/publication/peace-versus-justice-the-coming-european-split-over-the-war-in-ukraine>

FES ROCPE in Wien

Das 2016 gegründete FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa (FES ROCPE) befasst sich mit den tiefgreifenden Herausforderungen für die europäische Sicherheit in der heutigen Zeit und arbeitet eng mit der OSZE zusammen, um die kooperative Sicherheit neu zu beleben.

Der am 24. Februar 2022 erfolgte Angriff Russlands auf die Ukraine stellt ein Wendepunkt für die Sicherheit in Europa dar und hat frühere Konzepte für eine Ordnung in Europa obsolet gemacht. Ein neuer Kalter Krieg oder noch instabilere Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind das wahrscheinliche Ergebnis dieses Krieges, der eine Atmosphäre der Konfrontation und Abschottung in Europa schafft. Gleichzeitig bedrohen globale Herausforderungen wie Klimawandel oder weitere Pandemien den Frieden und die Sicherheit, was kooperative Ansätze unabdingbar macht.

In diesen unsicheren Zeiten entwickelt FES ROCPE gemeinsam mit Expert:innen, Politiker:innen und politischen Strateg:innen aus Osteuropa, Russland, der EU und den USA neue Konzepte für lösungsorientierte politische Maßnahmen. Ziel ist, komplexe Sicherheits Herausforderungen in den Griff zu bekommen, zur Konfliktlösung beizutragen und die Idee einer gemeinsamen und einheitlichen Sicherheit in Europa im Geiste der Pariser Charta (1990) und der Charta von Istanbul (1999) zu stärken. Wir sind davon überzeugt, dass Organisationen wie die FES Verantwortung tragen, neue Ideen zu entwickeln und sie in den politischen Prozess in Europa einzubringen.

Unsere Aktivitäten umfassen:

- Regionale und internationale Workshops zur Entwicklung neuer Konzepte zur Stabilisierung der Sicherheitslage in Europa, zum Umgang mit Konflikten und zur Schaffung eines dauerhaften Friedens in Europa;
- ein regionales Netzwerk von jungen Fachleuten, die sich mit Deeskalation, Kooperation und Frieden in Europa beschäftigen;
- regelmäßige öffentliche Meinungsumfragen zu Sicherheitsthemen;
- Zusammenarbeit mit der OSZE in den vier Dimensionen der Sicherheit: der politisch-militärischen, der wirtschaftlichen und ökologischen sowie der menschlichen Dimension.

ISBN: 978-3-98628-139-7

FES Regional Office for International Cooperation
Cooperation and Peace
Reichsratsstr. 13/5, A-1010 Wien
Telefon: +43 1 890 38 11 205
<https://peace.fes.de>

Verantwortlich für den Inhalt: Christos Katsioulis

Die kommerzielle Nutzung aller von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation geäußerten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Organisation, für die der Autor arbeitet.

